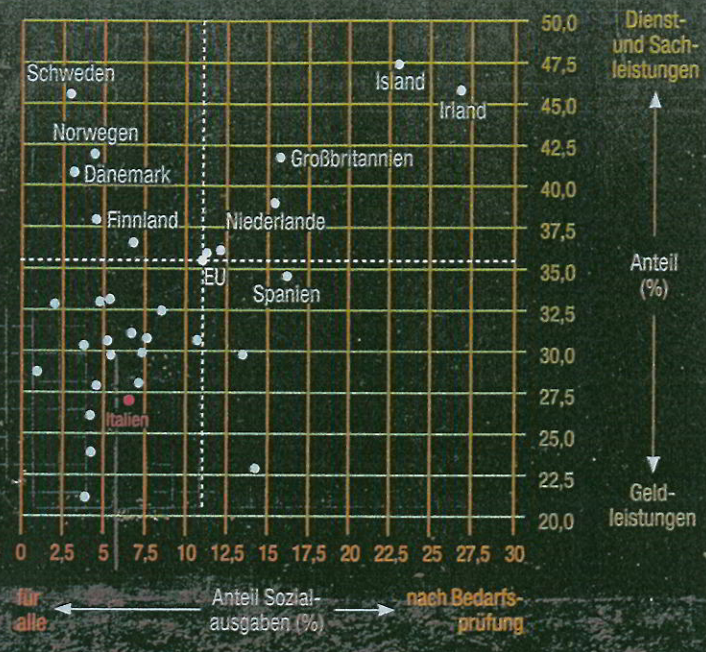


Renten – dann lange nichts

Italien gibt jedes Jahr viel Geld für Sozialleistungen aus. Das Ergebnis, das damit erzielt wird, ist jedoch miserabel. Das belegt eine Studie des Arbeitsförderungsinstituts Afi. Südtirol ergeht es besser. Aber nicht viel.



Je mehr Dienst- und Sachleistungen für alle, desto erfolgreicher das System: Sozialausgaben, 2010



für alle ← Anteil Sozialausgaben (%) → nach Bedarfsprüfung

Wirksamkeit der sozialen Transfers zur Linderung der Armut, 2012

Platz	Land	Armutsgefährdete Bevölkerung		Absolute Reduzierung des Prozentsatzes
		Vor den Transfers	Nach den Transfers	
29	Griechenland	26,8	23,1	3,7
28	Bulgarien	25,9	21,2	4,7
27	Italien	24,4	19,4	5,0
26	Polen	22,9	17,7	5,2
25	Rumänien	28,0	22,6	5,4
	EU	25,9	17,0	8,9
5	Luxemburg	29,0	15,1	13,9
4	Großbritannien	30,4	16,2	14,2
3	Dänemark	28,3	13,1	15,2
2	Island	23,1	7,9	15,2
1	Norwegen	25,9	10,1	15,8

Wer das Büro von Petra Priller aufsuchen muss, hat ein Problem. Ein Geldproblem. Petra Priller arbeitet in der Schuldnerberatung der Caritas in Bozen. Sie sagt: „Jedes Jahr kommen mehr Menschen zu uns.“ Im Jahr 2014 waren es rund 1.350. Das sind 4 Prozent mehr als 2013.

Ihre „Klienten“, wie sie sie nennt, haben meistens zwei Dinge gemeinsam: große Schulden und wenig Geld. Seit fünfzehn Jahren macht Priller diesen Job, ihre Klientel hat sich seither verändert. Anfangs waren es vor allem Wohnungskäufer und Häuslebauer, denen die Schulden über den Kopf wuchsen. Heute sind es die Geringverdiener: Alleinerziehende, Familien mit vielen Kindern, Rentner mit Mindestpensionen, Arbeitslose.

Die Geringverdiener sind die neuen Armen unserer Gesellschaft. Verkehrte Welt: Sie haben zwar ein Einkommen, schaffen es damit aber nicht, in Würde zu leben. Was läuft falsch?

Das Arbeitsförderungsinstitut Afi in Bozen setzte sich in den vergangenen Monaten intensiv mit dieser Frage auseinander: Was läuft falsch im Wohlfahrtsstaat Italien? Nun erscheint eine dreiteilige Studie zum Thema, Teil 1 wird dieser Tage vorgestellt. Die Afi-Mitarbeiterinnen Silvia Vogliotti und Sara Vattai vergleichen darin die verschiedenen Sozialstaatsmodelle in Europa.

Das Fazit der beiden Forscherinnen ist ernüchternd. Das italienische Modell, schreiben sie, sei „nicht mehr tragbar“ und bedürfe daher „einer dringenden Neuordnung“. Italien gibt zwar eine Menge Geld für Sozialleistungen aus. Doch das damit bezweckte Ziel wird nicht erreicht. Denn das Land ist weder sozial besonders gerecht, noch kann die Armut entscheidend bekämpft werden. Südtirol macht es ein bisschen besser. Aber nicht viel.

Beginnen wir mit den Ausgaben für soziale Leistungen. Italien gibt dafür pro

Jahr und Kopf 7.337 Euro aus. Das liegt etwas über dem europäischen Durchschnitt (7.185 Euro), wobei die Schere zwischen Bulgarien (etwa 2.000 Euro) und Luxemburg (über 14.000 Euro) weit auseinandergeht. Viel entscheidender ist aber, in welche Sozialleistungen wie investiert wird.

Italien bezahlt mit dem Geld vor allem Renten – Alters- und Hinterbliebenenrenten machen rund 60 Prozent der Sozialausgaben aus. In den Bereich Gesundheit werden rund 25 Prozent investiert. Hinter diesen beiden Großbereichen fristen die übrigen Bereiche ein Schattendasein: Invalidität (5,9 Prozent), Familie und Kinder (4,7 Prozent), Arbeitslose (2,9 Prozent), soziale Ausgrenzung (0,3 Prozent), Wohnen (0,1 Prozent).

Andere europäische Länder geben für Renten viel weniger aus, im Durchschnitt rund 43 Prozent. Auffällig ist, dass die sozialstaatlichen Musterländer Nordeuropas zum Teil deutlich unter diesem Wert liegen. Norwegen investiert etwa 30 Prozent in Renten, Island weniger als 25 Prozent. Dafür geben diese Länder mehr Geld für Gesundheit, Familie, Kinder, Arbeitslose, Invaliden, das Wohnen und gegen die soziale Ausgrenzung aus.

Besonders eindrucksvoll können das die Afi-Forscherinnen Vogliotti und Vattai anhand der Ausgaben für Familien und Kinder darstellen. Während Italien dafür nur 4,7 Prozent des Sozial Etats übrig hat, sind es im EU-Durchschnitt 8 Prozent. In Schweden und Island wendet man 10 Prozent dafür auf, in Finnland 11, in Norwegen 12, in Dänemark 13 und in Irland über 16 Prozent. Zugleich wird in diesen Ländern vor allem auf Dienst- und Sachleistungen für alle (das heißt, ohne Bedarfsprüfung) gesetzt, während es in Italien vorwiegend Geldleistungen gibt.

Die Kombination all dieser Faktoren wirkt sich auf die soziale Gerechtigkeit und die Linderung der Armut aus.

Italien liegt in Sachen soziale Gerechtigkeit innerhalb der 28 EU-Länder an 23. Stelle. Ungerechter ist die Gesellschaft nur in Lettland, Ungarn, Bulgarien, Rumänien – und Griechenland. Im Verhältnis sehr gerecht geht es dagegen in Schweden, Finnland und Dänemark zu. Italien schafft es auch nicht, die

Armut mittels sozialer Leistungen entscheidend zu verringern. In einem Vergleich von 29 europäischen Ländern liegt Italien auf Platz 27, nur Bulgarien und Griechenland schneiden mieser ab. Besonders gut gelingt die Verringerung der Armut durch den Staat dagegen in Norwegen, Island und Dänemark. In allen drei Ländern werden über 15 Prozent der Bevölkerung aus der Armut geholt. In Italien sind es 5 Prozent.

Und Südtirol? „Wir sind ein wenig besser als der Rest“, sagt Afi-Direktor Stefan Perini. Aber nicht um viel. Neue Zahlen dazu liegen zwar nicht vor, aber man kann von ähnlichen Werten wie 2008 ausgehen: Laut Armutsstudie des Landesstatistikamtes Astat überwinden mittels Sozialleistungen 7,4 Prozent der Südtiroler Haushalte die potenzielle Armut.

„In Anbetracht der Wirtschaftskrise scheint eine grundlegende Überarbeitung des Wohlfahrtsstaates in Italien unvermeidlich.“

Silvia Vogliotti und Sara Vattai, Afi

Soziallandesrätin Martha Stocker spricht von einem „starken Nord-Süd-Gefälle“. Nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht sei der Norden Italiens stärker als der Süden, sondern auch in sozialer. Deckungsgrad und Qualität der Leistungen verschlechtern sich, je weiter man nach Süden blicke.

„Gegenwärtig“, sagt Martha Stocker, „sieht das Land rund 430 Millionen Euro an Direktförderungen für Familien und Einzelne vor.“ Sie reichen vom Familiengeld über Pflegegeld und Stipendien bis hin zur finanziellen Sozialhilfe. Außerdem würden das Wohnen und die Arbeitsintegration von Behinderten gefördert. Stocker nennt auch das Ehrenamt, das gestärkt werden müsse. Künftig werde die öffentliche Hand nicht mehr alle Sozialleistungen in Eigenregie erbringen können, daher müsse der moderne Wohlfahrtsstaat „diejenigen unterstützen, die andere unterstützen“.

Das klingt alles schön und gut. Aber wird das auch ausreichen? Liest man sich

die Studie von Silvia Vogliotti und Sara Vattai durch, darf das bezweifelt werden. Sie halten eine „grundlegende Überarbeitung des jetzigen Wohlfahrtsstaates in Italien“ für unvermeidlich. Was heute als Last für die Wirtschaft und als Hindernis für die Entwicklung des Landes angesehen wird, müsse umgekehrt werden: Soziale Leistungen seien in erster Linie keine Ausgabeposten, sondern eine Investition in die Menschen.

Das sieht auch Chiara Saraceno so. Die renommierte Soziologin aus Mailand warnt seit Jahren vor den Ungerechtigkeiten, die der italienische Wohlfahrtsstaat erst schafft. Als sie im vergangenen Sommer in Bozen weilte, verwies sie auf das Beispiel Renten. Obwohl der Staat dafür Unsummen ausgibt, gelinge es ihm nicht, einen Teil dieser Rentner vor der Armut zu schützen. Zu groß seien die Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien. Italien, sagt Saraceno, sei das Land der Kategorien. Es schütze einen Arbeitslosen nicht, weil er arbeitslos sei, sondern weil er aus einem festen Arbeitsverhältnis ausscheidet. Ohne das gibt es auch kein Arbeitslosengeld.

„Italien“, sagt Soziologin Saraceno, „braucht mehr Universalismus.“ Menschen, die in der gleichen Situation sind, müssen auch gleich behandelt werden. Sie verlangt nicht mehr Geld für den sozialen Bereich, sondern eine gerechtere und effizientere Verteilung der Mittel.

Helmuth Renzler, Chef der Arbeitnehmer in der SVP, regt an, die Steuergesetzgebung zu reformieren. Wenn alle ihre Beiträge und Steuern zahlen, könne die öffentliche Hand „einen Haufen Geld“ hereinholen. Den brauche sie für zusätzliche soziale Leistungen. Sie zu kürzen, gerade in wirtschaftlich so schwierigen Zeiten wie heute, wäre ein großer Fehler, sagt Renzler. „Die italienische Sozialgesetzgebung ist gut“, sagt er, „nur die Beträge sind viel zu niedrig.“ Südtirol gleiche das durch eigene Mittel aus, aber eben nur zum Teil.

Eine grundlegende Erkenntnis der Afi-Studie lautet: Italien – und damit auch Südtirol – muss sozial gerechter werden. Dies sei für das wirtschaftliche Wachstum und das Innovationspotenzial eines Landes unerlässlich. ■

Karl Hinterwaldner